Annette Vowinckel

Kritik der Forschungslücke

Jede Historikerin und jeder Historiker, der schon einmal einen Drittmittelantrag geschrieben hat, kennt das Zauberwort: Forschungslücke! Wer Geld haben will, um zu forschen, muss nachweisen, dass das, was er zu erforschen plant, nicht schon erforscht wurde. In einer Zeit, in der mehr Bücher zu einem beliebigen Thema erscheinen, als irgendjemand lesen kann, ist dieser Nachweis nicht ganz einfach zu führen, und überprüfbar ist die Diagnose einer Forschungslücke auch nur bedingt – vielleicht gibt es an entlegenem Ort eine italienische Publikation über den sprichwörtlichen Hühnerzüchterverein von Pusemuckel (1843–1846), die dem Pusemuckel-Forscher einfach entging. Bevor wir unterstellen, er (oder sie) habe die Existenz dieses Buches unterschlagen, sich also durchs Verfahren gemogelt, indem er ein wichtiges Detail für sich behielt, halten wir einen Moment inne und fragen uns: Was ist der Wert der Forschungslücke? Wäre eine angemessene Reaktion auf die Entdeckung einer Forschungslücke nicht ohnehin: Wenn's bis dahin niemanden interessiert hat, dann wird es wohl nicht so wichtig gewesen sein? Warum sollen wir Steuergelder darauf verwenden, dass jemand eine Frage beantwortet, die keiner gestellt hat? Oder anders gefragt: Warum muss die Frage, die der Antragsteller stellt, neu sein? Kann er nicht auch eine alte Frage neu beantworten? Ist uns am Ende eine schlechte Antwort auf eine neue Frage lieber als eine gute Antwort auf eine alte Frage? Immerhin wurde Jörg Baberowskis Buch *Verbrannte Erde. Stalins Herrschaft der Gewalt* mit dem Sachbuchpreis der Leipziger Buchmesse ausgezeichnet, obwohl der Autor im Vorwort unmissverständlich darauf hinweist, dass er ein neues Buch vorlegt, weil ihm sein eigenes Buch von 2003 – zum gleichen Thema! – nicht mehr gefiel. Daran ist nichts falsch, solange das Buch nicht in Antragsform durchs Gutachterverfahren muss.

Ein Buch über »Die Renaissance« jedenfalls kann man heute zwar noch schreiben, aber eine Förderung gibt es dafür nicht, denn es gibt ja schon Bücher über die Renaissance. Glücklich ein Jacob Burckhardt, der noch freie Bahn hatte. Die Forschungslücken seiner Zeit waren so groß, dass man darin gut Verstecken hätte spielen können. Burckhardt konnte deshalb Bücher schreiben, die heute schon im Antragsstadium an jedem Gutachter abprallen würden wie Spiegelei an einer Teflonoberfläche: Thema zu groß, nicht zu bewältigen. Was täte Burckhardt heute? Schriebe er einen DFG-Antrag, in dem er vorgäbe, maximal die zwölf Jahre zwischen 1483 und 1495 bearbeiten zu können, und das auch nur für den Großraum Florenz? Geht es vielleicht gar nicht mehr darum, fehlendes Wissen zu generieren, sondern vielmehr darum, Wissenshäppchen so klein zu machen, dass sich keiner daran verschluckt?

Ein Blick auf die aktuelle Rhetorik der Forschungslücke könnte helfen, sich der Sache zu nähern. Neben denen, die auf die Entdeckung einer Lücke reflexartig nach Stopfung verlangen, gibt es nämlich auch jene, die mit Skepsis an die Sache herangehen. Der Archäologe Herbert Jankuhn zum Beispiel mahnte in einer Untersuchung zur Siedlungstätigkeit im eisenzeitlichen Angeln an, man müsse sich immer wieder die Frage stellen, ob in der Archäologie »eine Fundlücke eines Gebietes in irgendeiner Epoche eine Siedlungslücke oder eine Forschungslücke« darstelle (Archäologie und Geschichte Bd. 1, S. 42). Anders ausgedrückt: Wo nichts gefunden wurde, mangelte es möglicherweise nicht an einem, der gründlich suchte, sondern an dem, was man hätte finden können.

Umgekehrt soll es, das behauptet zumindest Christel Köhle-Hezinger, auch schon vorgekommen sein, dass »Forschungsdefizite (…) nicht empfunden [wurden], wo Forschungs-

lücken klaffen« (Religion als Protest, Zeitschrift für Volkskunde 82 (1986), S. 44). Übersetzt soll das wohl heißen, dass die schlimmsten Abgründe mitunter gar nicht gesehen werden. Besser dran ist dann schon der, dem die Forschungslücken auf dem goldenen Tablett serviert werden: »Selbstverständlich gibt es noch immer viele weiße Flecken in der hannoverschen Stadtgeschichte bzw. Forschungslücken, über die nicht einfach hinweggeschrieben werden sollte. Ausdrückliche Hinweise auf solche Lücken sollen die künftige Forschung motivieren und inspirieren« (Mlynek/Brosius, Geschichte der Stadt Hannover Bd. 1, S. 9.). Ein Glückspilz, der zwar nicht weiß was er wissen will, aber trotzdem fürs Forschen bezahlt wird.

Eine Alternative zum Stopfen nach dem Wildwuchs- und Zurufprinzip hatte, das überrascht uns jetzt kaum, die DDR entwickelt. Von 1949 bis 1957 gab es, wie Kollege Matthias Judt erklärt, das Zentralamt für Forschung und Technik. Nach dessen Auflösung wurde ein Forschungsrat eingerichtet, »der von der Analyse von Forschungslücken über die Grundlagen- und angewandte Forschung bis zur plangemäßen Produktion die naturwissenschaftlich-technische Forschung in der DDR effizient anleiten sollte« (Judt, DDR-Geschichte in Dokumenten, S. 226). Gestopft wird die Mutter aller Forschungslücken von der Forschungslückenforschung – ein Traum! Wir stellen uns das so vor: Man schreibt einen Brief an den Forschungsrat und bittet um die Zuteilung einer neuen Lücke gemäß §1 Abs. 2 der Durchführungsverordnung zum Forschungslückenbeseitigungsgesetz der Deutschen Demokratischen Republik, geplante Beseitigung: Juni 1973.

Wir aber leben in einer Demokratie mit einem demokratischen Gutachterwesen, das Forschungslücken erst dann bewertet, wenn irgendein Hansel (oder seine Chefin) von selbst auf die Idee gekommen ist, sie zu benennen. Manchmal sind es allerdings auch Vorstandsvorsitzende von Großkonzernen, die von der demokratischen Öffentlichkeit auf Forschungslücken in ihrer NS-Vergangenheit hingewiesen werden. Diese Vorstandsvorsitzenden generieren dann einen ganz besonderen Wissenschaftlertypus: den Auftragsforscher. Er garantiert nicht die Einheit von Lehre und Forschung, sondern die Einheit von Lücke und Honorar. Von gewöhnlichen Historikern unterscheidet er sich dadurch, dass er sein Thema nicht selbst wählt, sondern Dinge erforscht, die ihn möglicherweise furchtbar langweilen, deren Erhellung aber gut bezahlt wird. Dabei ist die Vorstellung, der Auftragsforscher forsche wider Willen, sicher falsch. Schließlich suchen sich die Auftraggeber (Großunternehmen, staatliche Institutionen, Verlage) ihre Autoren danach aus, wer im jeweiligen Feld das größte Vorwissen und den besten Ruf hat – genau genommen ist also die Erteilung eines Forschungsauftrags eine Ehre für den Forscher, der das Gute (Forschung) mit dem Nützlichen (Geld) verbinden kann. Manch ein Historiker bestreitet auf diese Weise auch seinen Lebensunterhalt. Daran ist gar nichts auszusetzen, zumal die Vorstellung, dass der Auftraggeber auf hinterlistige oder gar brutale Weise Einfluss auf das Ergebnis zu nehmen sucht, wohl doch antiquiert ist. Was also ist das Problem? – Das Problem liegt darin, dass Wissenschaftler viel beschäftigte Menschen sind, die – vor allem, wenn sie einen Lehrstuhl haben – einen großen Teil ihrer Zeit mit Lehre, Verwaltung und Drittmitteleinwerbung verbringen. Die Knappheit der für Forschung bleibenden Zeit zwingt sie dazu, besonders sorgfältig auszuwählen, was sie überhaupt noch erforschen können (selig all die Doktorand(inn)en, die zwar kein Geld, dafür aber Zeit zum Schreiben haben). Warum aber, fragt man sich, forschen sie dann, was der Auftraggeber möchte, und dies mit häufig sehr konventionellen Methoden, statt ihrer schöpferischen Kraft freien Lauf zu lassen?

Sofern sie aber nicht im Auftrag anderer forschen, sind Historiker Menschen, die Fragen beantworten, die keiner gestellt hat, und die Gutachter davon zu überzeugen versuchen, dass gerade das ein Qualitätsmerkmal ist. Gleichzeitig ärgern sie sich über die Gutachter,

die sie zwingen, ihre Fragen in Antragsform zu gießen, und die am Ende womöglich noch den Antrag ablehnen mit der Begründung: kein Geld/interessiert nicht/kennen wir schon. Schnell ist ein Jahr Arbeitszeit dahin.

Was also tun?

Lebten wir in revolutionären Zeiten, gingen wir vielleicht auf die Barrikaden, mit Pappschildern, auf denen stünde: »Stoppt den Antragswahn!«, »Gutachter raus!«, »Nieder mit der DFG!« oder »Auftragsforschung – Nein Danke!« Wir leben aber nicht in revolutionären Zeiten, außerdem sägt keiner den Ast ab, auf dem er sitzt. Die DFG ist der größte Geldgeber der deutschen Wissenschaft, und auch ohne die Thyssen-, die Henkel- oder die VW-Stiftung hätten gerade die historischen Wissenschaften in Deutschland ein echtes Finanzierungsproblem. Von ihren Bewilligungen leben ungezählte Doktoranden und Postdoktoranden, und die Professoren schließen mit ihren Universitäten Zielvereinbarungen, in denen sie versprechen, x-(hundert-)tausend Euro im Jahr an Drittmitteln einzuwerben – auch wenn alle ahnen, dass die Summe der in den Zielvereinbarungen versprochenen Einwerbungen die Summe der zur Verfügung stehenden Mittel um ein Vielfaches übersteigt. Wenn Bewilligungsraten zwischen zehn und zwanzig Prozent liegen, müssen im Schnitt fünf bis zehn Anträge geschrieben werden, damit einer durchkommt – ein Schelm, der an die Steuergelder denkt, die allein die Antragschreiberei aufzehrt.

Die Kriterien, nach denen die zehn+x Prozent zur Förderung ausgewählt werden, sind klar: Das Thema muss neu und in drei Jahren zu schaffen sein, sonst wird der Antragsteller an das Format »Freigeist«, Nachfolgeprogramm von »Pro Geisteswissenschaften«, verwiesen, das erklärtermaßen deshalb ins Leben gerufen wurde, weil den Gutachtern selbst aufgefallen war, wie kreativitätsfeindlich die gewöhnliche Forschungsförderung ist. Ein Freigeist-Fellow »schwimmt – wenn nötig – gegen den Strom und hat Spaß am kreativen Umgang mit Unerwartetem, auch mit unvorhergesehenen Schwierigkeiten«; er oder sie »erschließt neue Horizonte und verbindet kritisches Analysevermögen mit außergewöhnlichen Perspektiven und Lösungsansätzen« (http://www.volkswagenstiftung.de/nc/foerderung/personenundstrukturen/freigeist-fellowships.html). Ein Freigeist-Fellow, möchte man ergänzen, ist eine Person, der man wünscht, dass sie nie einen normalen Antrag wird stellen müssen, denn das könnte übel daneben gehen.

Tatsächlich gibt es in den Geisteswissenschaften ein ungeschriebenes Gesetz, das besagt, dass Antragsprosa – einige Kollegen nennen sie zynisch Antragslyrik – einen bestimmten, kurz als sachlich, trocken und entpersonalisiert zu charakterisierenden Stil zu pflegen hat. Wehe dem Antrag, der nicht anhebt mit: »Das Projekt fragt nach …« oder »Die Dissertation analysiert …«. Die Gutachter scheinen sich daran gewöhnt zu haben, dass der Forscher nicht selbst fragt, sondern sein Projekt fragen lässt – als habe er es nicht selbst ge- oder erfunden. Ursächlich lässt sich das wohl darauf zurückführen, dass Generationen von Erstsemestern gelernt haben, Hausarbeiten nicht in der ersten Person zu schreiben. Jeder Eindruck von Subjektivität soll vermieden werden, obwohl sich längst herumgesprochen hat, dass es mit der Objektivität in den Geisteswissenschaften auch nicht so weit her ist. Der Preis: An unserer Stelle spricht das Projekt, in seiner – nicht in unserer – Verantwortung liegt es, die Forschungslücke zu stopfen, die seine – nicht unsere – Existenz berechtigt. Etwas scheint im Argen zu sein mit dem Selbstwertgefühl der Geisteswissenschaftler (und die Frage nach dem Warum gäbe sicher ein schönes Projekt).

Besonders bitter wird es, wenn Anträge nicht entweder angenommen oder abgelehnt, sondern zur Überarbeitung zurückgegeben werden. Folgendes kann passieren (und ist auch schon passiert): Ein grundsätzlich für gut befundener Antrag kommt nicht in die Förderung, weil das Geld in den Töpfen der fördernden Institutionen nicht reicht. Die Gutachter

geben konkrete Hinweise darauf, wie der Antrag verbessert werden soll. Nach Berücksichtigung der Hinweise wird der Antrag wieder eingereicht und kommt im zweiten Anlauf nicht einmal durch die Vorauswahl, weil die Überarbeitung eine Verschlimmbesserung war. Dumm gelaufen!

Manchmal werden Anträge auch zurückgegeben, weil die fördernde Institution Zeit gewinnen möchte – Zeit, die der Antragsteller verliert, weil er wieder in der Warteschleife hängt und keineswegs sicher ist, dass er im zweiten Anlauf bessere Chancen hat, denn schließlich sind inzwischen neue Konkurrenten aufgetaucht. Natürlich verfolgen die Forschungsinstitutionen diese Strategie nicht, weil sie Wissenschaftler ärgern wollen, sondern weil tatsächlich das Geld nicht reicht. Manchmal sind die Forscher eben nicht zu schlecht, sondern zu gut – Konkurrenz belebt das Geschäft und senkt nebenbei die Förderquoten.

Also noch einmal zurück zur Eingangsfrage: Wozu stopfen wir Forschungslücken? Man könnte es so erklären: Das Weltwissen ist ein großes Puzzle, jede wissenschaftliche Arbeit ist ein Puzzleteil. Wenn wir eine Lücke gefunden haben, stopfen wir sie, irgendwann haben wir fertig. Jeder Anfänger weiß natürlich, dass es so nicht ist, denn jede Antwort wirft neue Fragen auf und/oder wird nach ein paar Jahren obsolet. Das Weltwissen ist ein Fass ohne Boden – und hier kommt nun die Forschungsökonomie ins Spiel: Wenn es mehr Forschungslücken gibt, als wir jemals werden stopfen können, dann müssen wir gut überlegen: Welche stopfen wir zuerst? (Das mit der Renaissance hat der Herr Burckhardt schon erledigt, vielen Dank!) Und welche stopfen wir gar nicht? Was wollen wir wissen, auch wenn es uns nichts nützt?[1] Was versprechen wir uns davon, bestimmte Fragen zu beantworten, welchen Sinn stiften die Befunde, welche Befunde stiften keinen Sinn?

Neben der Ökonomie der Wissens*produktion* – entscheide, was wichtig ist und Sinn macht! – sollten wir der Vollständigkeit halber aber auch die Ökonomie der Wissens*rezeption* erwähnen. Jeder zweite wissenschaftliche Aufsatz, heißt es, wird *nie* von *irgendjemandem* gelesen, außer – hoffentlich! – von dem zuständigen Redakteur oder Herausgeber. Die Autoren dieser Schattentexte können ihr Tun also gar nicht damit begründen, dass sie anderer Leute Wissenslücken stopfen, sondern allenfalls mit ihrem ganz persönlichen Wissensdrang (der heutzutage oft ein Titeldrang ist). Grundsätzlich wäre das durchaus legitim, schließlich ist Wissendrang einer der Motoren der Geschichte. Er trieb die Nervensäge Sokrates auf den Marktplatz, Alexander von Humboldt nach Südamerika und Neil Armstrong für viel Geld ins All. Dass Geisteswissenschaftler es sich leisten können, Wissen zu produzieren, das nicht unmittelbar wirtschaftlich verwertbar ist, ist dabei durchaus von Vorteil. Dennoch sollte auch diese Spezies sich der Frage stellen, welchen Mehrwert sie produziert: Ist der historische Text beispielsweise für die universitäre Lehre brauchbar? Klärt er zumindest eine Teilöffentlichkeit über ihre Vergangenheit auf und hilft ihr so, die Gegenwart besser zu verstehen? Oder ist er eine Publikationslistenverlängerungsmaßnahme, zu deren Ergreifung sich viele junge Wissenschaftler heute gezwungen sehen?

1 Nur in der Fußnote sei erwähnt, dass die Autorin eine passionierte Leserin der von der Zeitschrift Neon gepflegten Rubrik *Unnützes Wissen* ist, denn Wissen, das nicht vorgibt, einen Sinn zu haben, kann ja gerade deshalb sehr unterhaltsam sein, zum Beispiel dieses: »Wenn Torhüter während des Spiels zur Toilette müssen, wird das Spiel angehalten, bei Feldspielern läuft das Spiel weiter«, oder: »Aus den Buchstaben des Wortes ›Bundeskanzlerin‹ kann man das Wort ›Bankzinsenluder‹ bilden«. Ein Glück für das unnütze Wissen, dass es sich auf Grund seines Unterhaltungswerts wirtschaftlich selbst trägt und nicht an Gutachtern vorbei geschmuggelt werden muss, die am Ende noch seine Nutzlosigkeit hinterfragen. Cf. Neon – Unnützes Wissen, Bd. 2, München 2010.

Wenn wir uns fragen, was eine kritische Geschichtswissenschaft heute ausmacht, wird die Antwort ganz anders ausfallen als in den siebziger und achtziger Jahren, in denen die Geschichtswerkstätten aus dem Boden schossen wie Pilze und die Alltagsgeschichte sich gegen das akademische Establishment wandte. Damals richtete sich die Kritik an eine Generation, die den Zweiten Weltkrieg miterlebt hatte und die deshalb im Rahmen einer historisch-moralischen Aufarbeitung des Nationalsozialismus als befangen galt – diese Kritik traf nicht nur ältere Historiker, die zum Teil der Wehrmacht angehört hatten, sondern eine ganze Generation, die als eine mangels Widerstand in die NS-Verbrechen zumindest verstrickte Generation galt. Ebenfalls in den siebziger Jahren richtete sich die Kritik einiger Historiker gegen die Methoden und Forschungsgegenstände derjenigen, die auf Regierungshandeln, Krieg und große Männer fixiert waren und den in Frankreich längst vollzogenen sozialgeschichtlichen Modernisierungsschub verweigerten. Neben der Sozialgeschichte Bielefelder Provenienz entstand die Frauen- und Geschlechtergeschichte, die Alltagsgeschichte als »Geschichte von unten« und die postkoloniale Geschichte, und sie alle traten an mit einem emanzipatorischen Anspruch, der heute nicht mehr gegen konservative Mehrheiten verteidigt werden muss. Wen oder was soll man heute also kritisieren?

Sich auf die Aufklärung und ihre Kritik an den selbstverschuldet unmündigen Menschen zu berufen, funktioniert in der Postmoderne nicht recht; zu verbreitet ist heute die Vorstellung von einer Menschheit, die nicht lernt und einer Welt, die nicht besser wird – auch wenn Optimisten wie Francis Fukuyama das 1989 noch einmal geglaubt haben. Aber wenn wir die Welt schon nicht besser machen, können wir doch wenigstens zu erklären versuchen, wie diese Welt zu dem komplexen Wirrwarr wurde, das sie heute ist. Vielleicht erinnert sich der Leser an Bücher, die ihm einst einen solchen Aha-Effekt verschafften. Allerdings ist es unwahrscheinlich, dass auch nur eins dieser Bücher das Ergebnis eines Drittmittelprojekts war. Oft sind sie durchzogen von normativen Gedanken, von Empörung über Unrecht, von Leidenschaft für die Sache oder von Mitgefühl für die Studenten, die nicht wussten, wo sie mit der Lektüre beginnen sollten. Solche Bücher sind seltener geworden, doch sollten wir uns besser an ihnen orientieren als an dem, was wir in vorauseilendem Gehorsam für förderungswürdig halten.

Denn auch wenn die Förderquoten gen zehn Prozent tendieren, verfügt die Geschichtswissenschaft – und vor allem die Zeitgeschichte, wie Ulrich Herbert unlängst bemerkte – insgesamt über mehr Ressourcen als je zuvor. Im Unterschied zu den Lehrstühlen sind Sonderforschungsbereiche, Exzellenzcluster und außeruniversitäre Institute bestens ausgestattet. Dennoch ist die Qualität des Outputs kaum gestiegen. Selten sind heute Bücher, die eine Agenda setzen, Umdenken befördern, die Öffentlichkeit erreichen oder gar solche, die man nachts unter der Bettdecke liest. Eine kritische Geschichtswissenschaft muss deshalb eine sein, die im Dickicht von Förderrichtlinien und Forschungslücken noch in der Lage ist, wichtige von unwichtigen Fragen zu unterscheiden, sich von den Sachzwängen nicht in eine intellektuelle Verarmung und verquaste Sprache zwingen zu lassen, die – das wäre die schöne Illusion – meist eben doch nicht abgelegt wird, sobald der Antrag bewilligt ist. Der vorauseilende Gehorsam den Gutachtern gegenüber hat sich in unsere akademische Kultur eingeschlichen, und eine kritische Geschichtswissenschaft steht vor der Herausforderung, diesen Gehorsam wieder abzustreifen.

Am Ende werden die besten Bücher von Menschen geschrieben, denen eine Frage wirklich unter den Nägeln brennt und die ihre gesamte detektivische Energie darauf verwenden, Ereignisse, Zusammenhänge, Phänomene zu verstehen, die sich nicht von selbst erschließen. Wenn aber Professoren sich gezwungen sehen, Drittmittelprojekte zu erfinden, in denen ihre Mitarbeiter künstlich entwickelte Fragen beantworten, ist ein Verlust an intrinsischer

Energie vorprogrammiert. Joachim Radkau hat dies in einem Interview sehr schön erklärt. Auf die Frage, wie er dazu gekommen sei, die Umweltgeschichte als neues Forschungsfeld zu etablieren, antwortete er: »Ich musste anständig bei Fritz Fischer promovieren, zu einem Thema, mit dem er etwas anfangen konnte. Dann kam ich an die Universität Bielefeld, unter die Argusaugen von Hans-Ulrich Wehler. Es dauerte ziemlich lange, bis ich es endlich wagen konnte, meine alte Liebe [zur Umweltgeschichte, als deren geistiger Vater er heute gilt,] ungehemmt auszuleben. Aus der Rückschau habe ich das Gefühl, erst da zu mir selbst gefunden zu haben.« (ZHF 8 (2012) H. 1).

Mit Leidenschaft geschriebene Bücher begeistern am Ende nicht nur den Forscher, sondern auch das Publikum – und interessanter Weise zeigen Verlage oft großes Interesse an Projekten, die von Gutachtern abgelehnt wurden. Denn nicht das Drittmitteluniversum sichert den Kontakt zwischen Autor und Leserschaft, sondern ein Verlagswesen, das auch solche Bücher herausbringt, die aus der Parallelwelt des Antragswesens herausgefallen sind.

Der Geschichtswissenschaft jedenfalls täte es gut, wenn es an den Universitäten mehr feste Stellen gäbe und nicht ein Drittel der Zeit für die Akquise und Verwaltung von Projektstellen draufginge. Die Drittmittelei fördert keine kritische Geschichtsschreibung, sie fördert den thematischen und rhetorischen Mainstream. Eine Umverteilung der Mittel von der Projektförderung auf Planstellen, deren Inhaber keinem Gutachter mehr Rechenschaft darüber ablegen müssen, welche Bücher sie schreiben, könnte dazu beitragen, dass aus dem Mainstream wieder eine kritische(re) Geschichtsschreibung würde.